

An die
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per E-Mail: netzausbauplanung-gas@e-control.at

**Entwürfe zum Koordinierten Netzentwicklungsplan (KNEP) 2014–2023
und zur Langfristigen Planung (LFP) 2013 für das Verteilerg Gebiet Ost, Stellungnahme**

Wien, 21. November 2013

Die Landwirtschaftskammer Österreich gibt zu den im Betreff genannten Entwürfen folgende Stellungnahme ab:

Allgemeine Anmerkungen:

Bei eingehendem Studium der übermittelten Entwürfe wird deutlich, dass die eingereichten Projekte zum weit überwiegenden Teil der Versorgung des europäischen Gasmarktes dienen und weniger der Sicherung der heimischen Energieversorgung. Der Nutzen für die nationalen Netzbetreiber ist somit nicht klar erkennbar und die Versorgungssicherheit durch den aus den Unterlagen ablesbaren, bereits bestehenden Infrastrukturstandard zu 233% in hohem Maße gewährleistet (vgl. S. 8f KNEP).

Da der Netzentwicklungsplan auf unverbindlichen Kapazitätsdatenerhebungen beruht, erscheint der Nachweis der für die Genehmigungen erforderlichen technischen Notwendigkeit nicht erbracht zu sein (vgl. S. 14 KNEP).

Die bescheidmäßige Zuerkennung des öffentlichen Interesses der Projekte anhand der Leistung in der Langfristplanung wird ob der dadurch unmittelbar entstehenden Auswirkungen auf die Grundeigentümer kritisch gesehen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass mehrere Projekte aufgrund veränderter, wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und offensichtlich anderer privatwirtschaftlicher Interessenslagen zurückgezogen wurden oder aber die notwendigen Ausbauswellen nicht erreichen können.

Die Begründung eines öffentlichen Interesses durch die Netzunternehmen sollte nur dann ermöglicht werden, wenn dem Gesetz entsprechende, gesicherte Versorgungsinteressen vorliegen und die Umsetzung des jeweiligen Projekts bereits in einem konkreten Stadium ist. Zur besseren Übersichtlichkeit sollte in der langfristigen Planung unter der Projektnummer gut nachvollziehbar angeführt sein, ob für ein Projekt das öffentliche Interesse lediglich

begründet wurde/wird, ob es auch beantragt wurde/wird und ob es genehmigt/nicht genehmigt wurde.

Besonders bei vorwiegender Nutzung der Infrastrukturleitungen für Handelszwecke im europäischen Verbundnetz sind neue Ansätze zur Entschädigungsabgeltung zu entwickeln. Der gesetzliche Ansatz in der Entschädigungsregelung, wonach nur die objektiv für das Grundeigentum entstehenden Nachteile zu entschädigen sind, bedarf durch die klar definierten Zielsetzungen zum Handel mit Erdgas und dadurch neu entstehender Geschäftschancen einer umfassenden juristischen Überarbeitung. Daher sind gesetzliche Regelungen zur Umsatzbeteiligung am Erlös aus derartigen Geschäftstätigkeiten nach einem für Verwendung und Nutzen berücksichtigenden Renditenmodell für betroffene Grundeigentümer zu erarbeiten und in weiterer Folge unverzüglich einzuführen.

Letztendlich steht der Ausbau der Infrastruktur fossiler leitungsgebundener Energieträger ohne jegliche Berücksichtigung von erneuerbaren Energieformen wie beispielsweise Biomethan und in weiterer Folge auch Power to Gas im diametralen Gegensatz zu den Zielvorgaben des Klima- und Energiepakets der EU sowie dem gesellschaftlich und politisch gewünschten Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Für die zukünftige Erstellung der Langfrist- und Netzentwicklungsplanung wird daher die Berücksichtigung von erneuerbaren Energieformen und deren optimale Integration in die bestehende und geplante Infrastruktur, beispielsweise anhand der Nennung besonders gut geeigneter Einspeisemöglichkeiten und –kapazitäten angeregt und eingefordert.

Anmerkungen im Detail:

Langfristige Planung 2013 (Zeitraum 2014 – 2023), S. 44:

Der Satz „Bei jenen Projekten, die im Rahmen der LFP 2013 eingereicht werden und denen ein öffentliches Interesse zukommen soll, wird der Grund des öffentlichen Interesses explizit angeführt.“ erlaubt einigen Interpretationsraum. Es bleibt offen, ob sich „im Rahmen der LFP 2013 eingereicht“ auf erstmals eingereichte Projekte oder auf neuerlich mit Adaptierungen eingereichte Projekte bezieht. Es wird daher gefordert, dass an dieser Stelle sowie bei den Projekten selbst eine klarere Kennzeichnung und Präzisierung analog zu den vorhergehenden Ausführungen erfolgt.

Es wird davon ausgegangen, dass keine Zuerkennung des öffentlichen Interesses beantragt ist. In eventu wird die Behörde aufgefordert, eine umfassende Prüfung vorzunehmen. Diese Prüfung soll aufgrund ihrer Rechtsfolgen jedenfalls über das bisherige Maß (vgl. Begründung zur Zuerkennung bei Projekt 2012/2 im Vorjahr) hinausgehen.

Koordinierter Netzentwicklungsplan 2014-2023 (Gas Connect Austria):

Die in diesem Planentwurf dargelegten Projekte dienen unter anderem im Wesentlichen dem weiteren Ausbau der Transitleitungen. In besonderem Maße kritisch wird das bei den Projekten Gas Connect Austria (GCA) 2013/02 und insbesondere GCA 2013/03 gesehen. So ist GCA selbst im Vorjahr einem derartigen Projekt ablehnend gegenübergestanden (vgl. KNEP 2013-2022). Wird dennoch eine Genehmigung erteilt, fordert die Landwirtschaftskammer Österreich, dass bei Fernleitungsprojekten wie diesen eine Entschädigung von betroffenen Grundeigentümern nicht nur nach dem Prinzip des vermögensrechtlichen Nachteils erfolgen soll, sondern auch ein Renditemodell unter Berücksichtigung von Verwendung und Nutzen der Leitung zum Einsatz kommt.

Der KNEP 2014-2023 enthält mehrere Projekte sowie neue Projektanträge. Beim Projekt BOG 2013/01 ist unter öffentliches Interesse ein knapp gehaltenes nicht näher begründetes Ja angeführt. Ein Antrag auf Feststellung eines öffentlichen Interesses dürfte für die jeweiligen Projekte, soweit ersichtlich, nicht gestellt worden sein. Unter Bezugnahme der Sensibilität dieser Thematik (siehe obenstehende Ausführungen) fordert die Landwirtschaftskammer Österreich die Behörde auf, bei der Genehmigung des KNEP 2014-2023 keine Feststellung über ein öffentliches Interesse von Projekten und Projektanträgen zu treffen.

Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Punkte und um entsprechende Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Wlodkowski
Präsident der
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. Anton Reinl
Generalsekretär-Stellvertreter der
Landwirtschaftskammer Österreich